

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Genehmigungen für Solarbalkonkraftwerke erleichtern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen darauf hinzuwirken, die Genehmigungsanforderungen für die Installation von Solarbalkonkraftwerken durch Mieter*innen zu vereinfachen und den Genehmigungsprozess zu verschlanken. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen so zu proaktiven Akteuren bei der Verbreitung von Solarbalkonanlagen in Berlin werden und damit einen stärkeren Beitrag zur Erreichung der Solarausbauziele des Landes leisten.

Hierzu sind insbesondere folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Standardisierte und vereinfachte Genehmigungsverfahren:
 - Einführung eines einheitlichen, digitalen Antragsverfahrens für alle landeseigenen Wohnungsunternehmen;
 - Bereitstellung einer zentralen Informationsplattform mit klaren, transparenten Vorgaben und Mustervorlagen für Anträge;
2. Verzicht auf übermäßige Nachweispflichten:
 - Prüfung, inwieweit die Forderung nach einer Anpassung der Haftpflichtversicherung entfallen kann oder durch eine allgemeine Regelung ersetzt werden kann;
 - Abschaffung unnötiger technischer oder administrativer Auflagen, die über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehen;
3. Automatisierte Genehmigung für normgerechte Anlagen:
 - Einführung einer Genehmigungsfiktion: Anträge gelten als genehmigt, wenn innerhalb von vier Wochen keine Ablehnung erfolgt;

4. Unterstützung und Beratung der Mieter*innen:

- Bereitstellung eines kostenfreien Beratungsangebots durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen;
- aktive Bewerbung und Informationskampagnen zu Balkonsolaranlagen, etwa auf den Homepages der Unternehmen oder in deren Mieterzeitungen.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmalig zum 31. Oktober 2025 und danach jährlich zu berichten.

Begründung

Die steigenden Energiepreise und die Notwendigkeit, den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen, machen es erforderlich, Mieter*innen einen erleichterten Zugang zur Nutzung von Solarbalkonkraftwerken zu ermöglichen. Seitens der Bundesregierung wurde die Genehmigungspraxis mit dem Solarpaket I bereits deutlich im Sinne der Mieter*innen erleichtert. Dennoch bestehen in den landeseigenen Wohnungsunternehmen in Berlin bislang uneinheitliche und teilweise restriktive Regelungen, die den Ausbau behindern. Eine Vereinfachung und Vereinheitlichung des Genehmigungsprozesses würde bürokratische Hürden abbauen und die Attraktivität der Steckersolargeräte erhöhen.

Mit diesem Antrag wird der Senat aufgefordert, durch gezielte Maßnahmen eine mieterfreundliche Umsetzung der Energiewende in Berlin zu gewährleisten und die Nutzung von Balkonkraftwerken als Teil einer dezentralen Energieversorgung zu erleichtern.

Berlin, den 18. März 2025

Jarasch Graf Taschner
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen